

# Göttinger Splitter II: Dienstag

*von Lars Döpking, Kira Meyer, Clemens Reichhold, Tine Haubner, Felix Hempe, Stephanie Kappacher, Friederike Bahl, Aaron Sahr, Laura Wolters*

## Bericht vom 39. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Göttinger Splitter I: Montag

Göttinger Splitter III: Mittwoch

Göttinger Splitter IV: Donnerstag

Göttinger Splitter V: Freitag

Es war einmal die Weltgesellschaft...

In den Morgenstunden des ersten Kongresstages versammelte sich eine (überraschend) große Anzahl an Soziologinnen und Soziologen im Zentralen Hörsaalgebäude des Göttinger Campus, um die Potenziale globaler und postkolonialer Perspektiven für die Historische Soziologie zu diskutieren. Matthias König (Göttingen) legte als lokaler Organisator die Motive offen, eine solche Thematik anstelle rein theoretischer Debatten prominent auf der Kongressagenda zu platzieren: Es wäre an der Zeit gewesen, die Traditionslinie der Historischen Soziologie zu würdigen, die nicht nur eine fundamental kritische Position zum Diskurs der Modernisierungstheorie einnahm, sondern darüber hinaus die Standortgebundenheit der Disziplin durch einen neuen Kategorienapparat transzendierte und so die historische Tiefendimension der komplexen Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen durchleuchtete.

In gewissem Kontrast dazu eröffnete Tobias Werron (Bielefeld) das Panel mit einem ambitionierten Vorschlag zur theoretischen Integration des wiederkehrenden Nationalismus in das begriffliche Instrumentarium der Weltgesellschaftstheorie. Dazu merkte er an, dass es für ein detailliertes Verständnis des Nationalismus im neuen Gewand eines Trump, Orban oder Putin notwendig sei, die Dynamiken seiner

200-jährigen Geschichte nachzuvollziehen. Hierauf begründete Werron die These, dass Nationalismus und Globalisierung keinesfalls Komplementärbegriffe darstellten, sondern vielmehr in einer wechselseitigen Steigerungsbeziehung zueinander stünden. Es sei ein beliebter Fehlschluss, Nationalismus primär als Ideologie zu verstehen, viel eher müsse er zugleich als unauffällige und banale Institution begriffen werden, die sich auf globaler Ebene reproduziere. Diesen Vorgang kondensierte Werron auf vier zentrale Mechanismen: Auf der einen Seite ständen die bekannten und viel diskutierten auffälligen beziehungsweise „heißen“ Mechanismen eines „Identitätsnationalismus“, der eine narrative Konstruktion von Identität befördere, und eines häufig auch gewaltsamen „Konfliktnationalismus“. Auf der anderen Seite hingegen ständen die unauffälligen beziehungsweise banalen Mechanismen des „institutionalisierten Nationalismus“, bei dem alltägliche Referenzen eine Normalisierung des Nationalen herstellten, sowie ein Knappheitsnationalismus, der schließlich die Aneignung von als „knapp“ konstruierter Gütern, Waren und Zuschreibungen zum Antriebsmoment der nationalen Konstitution mache. Alle vier Mechanismen seien, so Werron, dafür verantwortlich, dass sich der Nationalstaat ebenso als Objekt einer globalen Erwartungshaltung an Staatsformationsprozesse wie als Legitimationsgrundlage territorialer Herrschaft stabilisiert habe. Dem Beitrag folgte eine überaus kontroverse Debatte. Verschiedene Publikumsbeiträge bemängelten etwa einen nicht hinreichend ausdifferenzierten Nationsbegriff, hinterfragten den Zusammenhang von Nation, innerstaatlichen Exklusionsdynamiken und staatlichen Erosionsprozessen, interessierten sich für die Rolle von Sprache im Nationalismus oder stellten gar die Leistung des Beitrags für die Historische Soziologie insgesamt zur Disposition. Die Antwort des Referenten konnte die an ihn gerichteten Vorwürfe aber insoweit entkräften, als dass er klarstelle, dass es ihm mitnichten um die faktische Durchstaatlichung von Nationen ging, sondern primär um die Stabilisierung der Legitimationsmuster letzterer. Dass damit beide Positionen der Debatte unterschiedliche Ansprüche an eine globale wie postkoloniale Historische Soziologie stellten, die wenn überhaupt mit einer längeren Diskussion aufgelöst werden könnten, lag damit auf der Hand, womit der nächste Programmpunkt angegangen werden konnte.

Ralf Rapior (Bielefeld) warb anschließend für die Aufnahme des Begriffes „Imperium“ in den grundbegrifflichen Kanon der historischen Soziologie. Hierzu verwies er nicht nur auf die weltgeschichtliche Entwicklungsrolle imperialer Herrschaft, sondern stellte seinen Ausführungen die These voran, dass die von Charles Tilly und Michael Mann vertretene Auffassung eines europäischen Sonderwegs der Staatsgenese, der bekanntermaßen in der Konkurrenzsituation des frühneuzeitlichen Staatensystems läge, fundamental zu ergänzen sei, und zwar um die Rückwirkungen der imperialen Expansion europäischer Mächte auf die Organisation ihrer staatlichen Bürokratien. Weil Imperien grundsätzlich daran interessiert seien, die Differenz zwischen Zentrum und Peripherie aufrechtzuerhalten, wären sie bestrebt, die indirekte Herrschaft loyal gesinnter Vasallen in eine direkte zu verwandeln und so die unzähligen Desintegrationsdynamiken imperialer Raumkontrolle zu durchbrechen. Auf diese Weise gerieten Imperien zu „Brutkästen der Bürokratisierung“. Um direkte

Herrschaftsverhältnisse zu etablieren, mussten sie von der Informationsquelle lokaler Vasallen unabhängig werden und die Verarbeitung sowie Erhebung von Informationen selbst in die Hand nehmen. Dazu stellten die neu geschaffenen Amtsstuben das Mittel der Wahl dar. Nur mit ihrer Hilfe hätte die umfangreiche Ressourcenextraktion aus der Peripherie gewährleistet werden können. Solche historischen Verlaufsmuster plausibilisierte Rapior am Beispiel des spanischen Reichs seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts. Ihm zu Folge sei die Ausweitung des königlichen Hofes, die Überführung des Reisekönigtums zum aktenwälzenden Monarchen und die Installation königlicher Gerichte im transatlantischen Reich auf diese Umstellung des Zentrums auf die neue Technik direkter Herrschaft, nämlich die bürokratische Anstalt, zurückzuführen. Im Lichte dessen von Frankreich als erstem modernen Nationalstaat zu sprechen, so die abschließende These des Vortrags, mache nur dann Sinn, wenn man die Genese von Imperialen völlig aus den Augen verloren habe. Obgleich niemand im Saal augenscheinlich die Anerkennung imperialer Expansion als kausalen Faktor anzweifelte, rief die Fokussierung des Vortragenden auf bürokratische Anstalten ebenso Widerspruch hervor wie die angekündigte Revision einer der zentralen Theoreme der Historischen Soziologie: So habe das europäische System der Staatenkonkurrenz noch weitere Entwicklungen als nur die Bürokratisierung angestoßen. Auch sei unklar, wie der Ressourcenreichtum solcher Imperien gerade zur Schwächung des modernen bürokratischen Anstaltsbetriebs beigetragen habe. Zudem sei zu fragen, ob die Thesen des Referenten nicht weit mehr für heutige Entwicklungen implizieren würden, als von ihm ausgeführt. Die Antwort des Gefragten enthüllte mindestens zwei interessante Beobachtungen: Erstens habe der Nationalstaat die Tätigkeit und Verselbständigung seiner bürokratischen Apparate deutlich strenger kontrolliert als jedes Imperium, zweitens sei die frühneuzeitliche Konkurrenzsituation nicht zuletzt deshalb durch imperiale Expansion verschärft worden, weil die restlichen patrimonialen Herrschaftsverbände sich eben in Reaktion auf die in dieser Hinsicht fortschrittlicheren Imperien bürokratisierten.

In Abgrenzung dazu stellten Theresa Wobbe und Leà Renard (beide Potsdam) ihrem Vortrag keine gewagte theoretische These voran, sondern arbeiten konsequent die verschiedenen Bedeutungsdimensionen des Begriffs der Zwangsarbeit heraus. Er könne, gemeinsam mit dem der freien Arbeit, nur dann in seinem welthistorischen Kontext verständlich gemacht werden. Empirisch koppelten sie die daraus geschlussfolgerte Analyse der Emergenz und Reproduktion sozialer Ordnungen unter Berücksichtigung ihrer Zeitlichkeit an die Konventionen der International Labour Organisation (ILO) aus zwei historischen Konfigurationen: die Phase zwischen 1919 und dem Zweiten Weltkrieg sowie den verschärften Diskussionen rund um die Jahrtausendwende. In der ersten Konfiguration nahm die ILO auf Anraten des Völkerbundes eine Differenzierung zwischen dem „Native Labour Code“ und dem „International Labour Code“ vor, die zwar die Abschaffung der Sklaverei, keineswegs aber die der Zwangsarbeit als Forderung implizierte. Spätestens 1930 existierte den Referentinnen zu Folge eine konsensuale Unterscheidung zwischen freier und unfreier Arbeit, die Zwangsarbeit zwar als soziales Problem registrierte, es aber aus dem Westen exkludierte. Dort erschien es als bereits lange gelöst, der globale Süden müsste hingegen lediglich diesen

Zivilisationserfolg nachholen. In der zweiten Konfiguration wurde Zwangsarbeit als gewachsenes System anerkannt, dessen Abschaffung eines der vier Kernprinzipien der ILO darstellte. Gleichzeitig glich die ILO jedoch Zwangsarbeit klassifikatorisch an die statistische Kategorie des ‚employed workers‘ an, wodurch sie zwar als soziale Situation sichtbar gemacht, zugleich aber als potenziell mit freier Arbeit vergleichbar anerkannt wurde. Diese epistemologische Prämisse freier Arbeit sei zu problematisieren und in die soziologische Auseinandersetzung um den Arbeitsbegriff aufzurufen. Da sich die Weltgesellschaftstheorie als unfähig erwiesen habe, diese Phänomene zu greifen, sei darüber hinaus ein neuer Ansatz zu entwickeln, der ebenso systematisch wie sorgfältig jene Beobachtungen integriere. Die darauffolgende Debatte vertiefte die Themen des Vortrags weiter. Die Rolle von geschlechtlicher Arbeitsteilung, Hausarbeit und freiwilliger Arbeit wurden ebenso diskutiert wie die Frage, inwieweit eine Politik der Konventionen den Herausforderungen der aktuellen Arbeitswelt überhaupt begegnen könne.

Marius Meinhof (Bielefeld) verlagerte in seinem darauffolgenden Vortrag den raumzeitlichen Schwerpunkt des Panels in das China der Jahrhundertwende. Er kaprizierte sich dabei auf die Frage, wie chinesische Intellektuelle die traumatisierende Erfahrung des westlichen Kontrakt-Kolonialismus verarbeiteten. Nach Meinhof entwickelten sie in Reaktion auf ihn eine radikal neue Zeitvorstellung: In ihr schien die relative Rückständigkeit Chinas einerseits Ursache der kolonialen Unterwerfung zu sein und andererseits die Notwendigkeit einer grundlegenden Modernisierung Chinas zu begründen. In diesem Zusammenhang warnte Meinhof vor zwei populären Fehlschlüssen: Es sei ebenso falsch anzunehmen, dass es in China eine genuine, ursprüngliche Zeitauffassung gegeben habe, die die Kolonisatoren zerstört hätten (nativistischer Fehlschluss), wie es unsinnig sei, von einer direkten Übernahme westlicher Zeitkonzepte auszugehen (diffusionistischer Fehlschluss): Fehlerhafte Übersetzungen, selektive Rezeption und schlichtes Unverständnis westlicher Theorien hätten unter chinesischen Intellektuellen die Überzeugung verbreitet, dass China kolonialisiert wurde, weil es aufgrund seiner Rückständigkeit zu schwach gewesen sei. Der dann propagierte ideologisierte Moderne-Begriff habe sich bis in den sinomarxistischen Diskurs erhalten und würde bis heute schärfste Eingriffe des Staates in die Lebenswelt der Bevölkerung legitimieren. Aus dieser Beobachtung folgerte Meinhof, dass der Begriff der Moderne nicht als rein analytisches Konzept verstanden werden dürfe, sondern dass er als Epochen- und Akteurskonzept eine ideologisch und kolonial fundierte Selbstbeschreibung ermöglichte, die als Modernisierungsbedürfnis radikale Politiken beförderte. Der rhetorisch überzeugende Vortrag traf auf nur wenig Kritik.

Schließlich unternahm Mathias Middell (Leipzig) den Versuch, eine genuine, von westlichen Erfahrungshorizonten „emanzipierte“ „Beschreibungssprache für die räumliche Interaktion“ zu entwickeln. Hierfür griff der Historiker, der sich quasi in die Höhle des Löwen gewagt hatte, auf verschiedene Iterationen des ‚Spatial Turns‘ zurück und argumentierte auf dieser Basis für eine generelle Semantik von Verräumlichungsprozessen, Raumformaten und -ordnungen als übergreifendes

theoretisches Konzept, das im Kontext des Sonderforschungsbereiches 1199 der Universität Leipzig entwickelt wurde. Darüber hinaus unternahm Middell eine Reise durch verschiedene Subdisziplinen der Humanities, die teilweise mit ganz eigenen Spatial Turns auf globale Transitionsphasen und sowohl auf die Stabilisierung wie auch Destabilisierung von Raumordnungen reagiert hätten. Der Vortragende lies an den verschiedenen Ansätzen kein gutes Haar – über die Variierung der empirischen Bezugsobjekte kämen sie selten hinaus – und bestritt auch den Nutzen klassischer Vergleichsmodelle insgesamt. Er plädierte stattdessen für die Untersuchung der räumlichen Reichweite von Mobilität und ihrer Kontrolle sowie dafür, Verräumlichungen als konkrete Strategie zu begreifen und den jeweiligen Akteuren historisch über die Schulter zu schauen. Obgleich der Referent damit ein ganzes Feuerwerk an Kritik entfachte, hatten die Anwesenden augenscheinlich bereits kollektiv die Vorstellung einer theoretischen Integrationsperspektive aufgegeben, aus der über typologische Ordnungsvorschläge hinaus kausale Beziehungen zu deduzieren wären. Demnach richteten sich die Fragen auch eher an Möglichkeiten, den interdisziplinären Austausch zu stärken. Welche Rolle eine Historische Soziologie dabei spielen sollte, blieb jedoch im Dunkeln. Der Referent warnte zum Abschluss noch vor der Emergenz eines falschen raumtheoretischen Konsenses: Es gäbe noch schlicht zu viele Monografien, die trotz gegenteiliger Bekundungen, simple Essenzialisierungsdiskurse von Räumen entwickeln würden – hier seien die entsprechenden Argumente stets detailliert zu prüfen. Zusammenfassend betrachtet stellte der Beitrag damit einen beeindruckenden Gegenpol zum ersten Vortrag des Panels dar, das in seiner Gesamtheit erfolgreich die Bandbreite globaler historisch-soziologischer Debatten abbildete. (Lars Döpking)

\*\*\*

## Innenansichten aus dem Hamsterrad

9:00 Uhr: Morgens punkt Neun in Deutschland: „Einen wunderschönen guten, frühen Morgen“, so begrüßte Stephan Lessenich (München) das in studentischer Gemütlichkeit eintreffende Auditorium zu dem von ihm gemeinsam mit Brigitte Aulenbacher (Linz) organisierten Panel „Arbeit zwischen Neoliberalismus und Autoritarismus“. Dass die folgenden Beiträge trotz der brisanten Themenlage und dem etwas effekthascherisch anmutenden Titel fast durchgängig vor dem Hintergrund einer soliden Erfahrungs- beziehungsweise Datenbasis argumentierten, kann als Lob sowohl an die Referent\*innen als auch an die Organisator\*innen des Panels weitergereicht werden. Deren umsichtige kuratierende Vorarbeit fand auch in einer wohlüberlegten Abfolge und einem

interessanten Spannungsbogen der Vorträge ihren Ausdruck. Während der erste Teil der Veranstaltung der Frage nach der Anziehungskraft des Rechtspopulismus in Zeiten neoliberaler Arbeitsverhältnisse gewidmet war, ohne sich dabei auf spezielle Arbeits(losigkeits)milieus zu stützen, ging es im zweiten Teil stärker um bestimmte Gruppen, nämlich prekarierte junge Menschen einerseits und Frauen andererseits. Im Rückblick fällt auf, dass trotz teilweise unterschiedlicher soziologischer Ansätze hinsichtlich der Verwendung von Daten, Quellen und Methoden, am Ende mitunter sehr ähnliche Ergebnisse präsentiert wurden.

Den Auftakt machte Wolfgang Menz (Hamburg), der sich als „klassischen Industrie- und Arbeitssoziologen“ bezeichnete und meinte, als solcher gute Voraussetzungen für eine Erklärung des erstarkenden Rechtspopulismus mitzubringen: Schließlich seien weiße Männer ohnehin im Fokus seiner wissenschaftlichen Aufmerksamkeit und diese die Hauptprotagonisten aktueller rechtspopulistischer Bewegungen. Unter Rekurs auf Überlegungen Didier Eribons verzeichnete er eine „Repräsentationslücke“ für Teile der Gesellschaft. Da linke Parteien sich am neoliberalen Abbau des Sozialstaats beteiligt hätten, würden Angehörige der von sozialem Abstieg betroffenen oder gefährdeten Schichten rechtspopulistische Parteien gewissermaßen aus „politischer Notwehr“ heraus wählen. Interessant sei allerdings, dass viele Menschen zwar um sich herum sozialen Abstieg beobachteten, sich selbst oder ihr persönliches Umfeld davon aber nicht direkt betroffen fühlten. Es müsse also von einer dualisierten Wahrnehmung und dem Sinken der Vergleichshorizonte gesprochen werden. Weiter führte Menz aus, dass Leistung zwar für viele Arbeitnehmer\*innen der zentrale normative Leitwert bleibe, diese meritokratische Vorstellung jedoch unhaltbar sei, weil es eigentlich nicht auf die eigene Leistungs- oder Anpassungsfähigkeit, sondern auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und politische Entscheidungen ankomme. Insbesondere das Heranrücken von prekarierten Arbeitsverhältnissen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit migrantischen Leiharbeiter\*innen, hob Menz dabei hervor. Der zuvor gehegte Glaube, die eigene Leistungsfähigkeit könne auch für die eigene (Arbeitsplatz-)Sicherheit garantieren, werde somit als Irrglaube entlarvt - mit der Folge, dass gerade Migrant\*innen und Geflüchtete häufig als Bedrohung der eigenen Sicherheit wahrgenommen würden. Handlungsmacht, die zuvor im Bereich der Arbeit erfahren worden sei, könne aufgrund der Ohnmachtserfahrung dort nicht mehr wahrgenommen werden - was zu Kompensationsversuchen durch die Betroffenen führe, die nicht selten in Form von abwertenden Einstellungen gegenüber Migrant\*innen zum Ausdruck kämen.

„Beruhigend“ fand es Bettina Kohlrausch (Paderborn), dass sie in ihrer Forschung zu ähnlichen Ergebnissen kommt - trotz anderer Herangehensweise, nämlich bei stärkerer Betonung der sozialstrukturellen Einflussfaktoren. Ähnlich wie Menz wollte auch Kohlrausch nicht allein das Modernisierungsverlierer-Argument gelten lassen. Daneben müssten insbesondere Statussorgen oder Abstiegsängste aufgrund der subjektiven Verortung in der Gesellschaft in den Fokus rücken. Deshalb seien objektive Merkmale wie die eigene Gehaltsklasse nebensächlich: Das Gefühl, dass draußen in der Welt entschieden wird, was mit einem passiert, hänge nicht an der

objektiven Höhe des Gehalts, sondern sei bis weit in die Mittelschicht verbreitet.

In der abschließenden Diskussion fasste Vera Trappmann (Leeds) treffend zusammen, dass der subjektiv empfundene Kontrollverlust das gemeinsame Merkmal der Beobachtungen beider Referent\*innen sei. Sozioökonomische Motive seien dabei weniger zentral, vielmehr spielten die Enttäuschung über und die Entfremdung von politischen Institutionen eine wichtige Rolle. In dieser Linie plädierte Kohlrausch dann für eine Abkehr von der Politik der vermeintlich alternativlosen Sachzwänge: Wer dem Rechtspopulismus das Wasser abgraben wolle, müsse zeigen, dass es eben doch Handlungs- und Gestaltungsspielräume gebe und dass die Menschen nicht den Kräften des Marktes unterworfen seien, sondern dass die Kontrolle in der Hand der Politik liege.

Vielleicht muss man sich das Leben von jungen prekarierten Menschen als spezielles Modell eines Hamsterrades vorstellen, in dem die Nager verzweifelt versuchen, die rasende Verausgabung mit einer möglichst plüschigen Deko zu kompensieren. So in etwa legte es jedenfalls Vera Trappmann in ihrem eigenen Vortrag über „Die (fehlende) gesellschaftliche Basis der Re-Politisierung von Arbeit“ nahe. Darin stellte sie die Ergebnisse einer qualitativen Studie vor, die sie und ihre Kolleg\*innen Alexandra Seehaus und Denis Neumann (beide Berlin) mit sechzig in besonderem Maße von Prekarisierung betroffenen Personen durchgeführt haben. Als strukturell prägend für die Situation der Prekarisierten erachteten Trappmann und ihre Forscherkolleg\*innen dabei eine besondere Form der Verdrängung belastender Erkenntnisse über die eigene prekäre Lage. Im Bereich der Lohnarbeit ginge diese Verdrängung mit veränderten Forderungen der Arbeitnehmer\*innen einher. Wichtiger als „harte“ materielle Faktoren wie mehr Lohn oder mehr Freizeit – aus Sicht des Hamsters also: mehr Futter und längere Ruhepausen – seien jungen Arbeitnehmer\*innen heute „weiche“ Faktoren wie ein freundliches Betriebsklima. Trappmann zufolge geht diese Haltung mit einer weitgehend unpolitischen Einstellung der betroffenen einher. Erst wo diese Form der emotionalen Einrichtung im Hamsterrad und die ihr eigentümliche Lähmung kritischer Haltungen überwunden werde, ergäben sich Chancen für politisierte Haltungen. Diese wurden vom Team der Forscher\*innen im Anschluss an Albert O. Hirschman mittels der drei Modi von Exit, Voice und Loyalty genauer untersucht. Ähnlich wie schon ihre Vorredner\*innen auf dem Podium, hob auch Trappmann hervor, dass es nicht reiche, Formen der Politisierung unter alleinigem Rekurs auf die Arbeitsverhältnisse zu untersuchen. Entsprechend große Bedeutung kommt in ihren Augen vielgestaltigeren Erfahrungen aus der Lebenswelt zu, die die spezifische Wahrnehmung von Kontrolle und Handlungsmächtigkeit mitbestimmen. Während sie ihre Argumentation hierzu schlüssig vortrug, wurde man bei einem der von ihr präsentierten Beispiele das Gefühl eines Vorzeigeinterviews nicht los: hier wurden die Entscheidungen für die Wahl eines Kollektivbetriebes und gewerkschaftlich-syndikalistischen Engagements recht einseitig auf die Erfahrung einer scheiternden Familiengeschichte heruntergebrochen.

Mit Cornelia Klinger (Tübingen) sprach anschließend eine bekennende Nicht-

Soziologin. Ihr philosophischer Beitrag zum verhandelten Thema, so erklärte sie, sei im Gegensatz zu den Vorredner\*innen nicht auf der Basis empirischer Datensätze und Interviews entstanden, sondern aus der Tiefe von Gedanken, die sich in noch tieferen Sesseln beim Blick aus dem Fenster eingestellt hätten. Dass auch Texte von Soziolog\*innen zu den von ihr genutzten Inspirationsquellen gehört hatten, machte sie nicht zuletzt dadurch deutlich, dass sie den Text der Organisator\*innen einer kritischen Lektüre unterzog. Wofür sie sich dabei stark machte, war eine Sichtweise auf den Neoliberalismus, der eine Form der Arbeit nicht unbeachtet lässt, die im Fokus auf die sich flexibilisierenden Formen der Lohnarbeit häufig unsichtbar bleibt: die zumeist von Frauen verrichtete Care-Arbeit. Anders als es der Vortragstitel „Dynamiken der Lebenssorge im und nach dem Neoliberalismus“ suggerierte, richtete sie auch einen kritischen Blick auf die ungerechten Geschlechterverhältnisse im rückblickend oft als vermeintlich positive Kontrastfolie zum Neoliberalismus gehandelten fordistischen Wohlfahrtsstaat.

Eher unfreiwillig unterstützte sie damit eine These, die in der abschließenden Diskussion von Merz geäußert wurde: Vielleicht brauche es für eine effektive Politisierung nicht nur eine Enttäuschung des neoliberalen Leistungsethos, sondern eine noch viel weiter reichende Desillusionierung auch über die Inklusivität des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates. (Kira Meyer und Clemens Reichhold)

\*\*\*

## Die soziologische Kanonenkugel

14:15 Uhr: „El Caminante“ – eine Kanone feuert 1862 eine Kugel ins Niemandsland des afrikanischen Nordens. Der Kanonenschuss, der für die erste Referentin des Panels zur Soziologie der Grenze, Eva Bahl (Göttingen) nicht nur von historischem Interesse ist, sollte die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla territorial vom Gebiet des marokkanischen Sultanats scheiden. Windverhältnisse, Flugbahn und Zielort der Kugel bestimmten schließlich über den Radius national-kolonialer Einflussgebiete und weisen auf die Willkür nationaler Grenzziehungen hin. Diese Anlage macht die Grenze für Bahl zu einer fragilen Konstruktion, die fortan zu einem auch symbolisch hart umkämpften Ort wird. Im 19. Jahrhundert versucht so etwa die enteignete und vertriebene Landbevölkerung Marokkos heimlich und erfolglos die Grenzpfiler zu verrücken und noch über 150 Jahre später arbeiten Marokkaner\*innen im innersten Kreis, den Haushalten der spanischen Eroberer. Dass der Kanonenschuss in jährlichen Nationalfeiern bis heute zelebriert wird, mittlerweile aber als Feier des harmonischen Zusammenlebens der verschiedenen Kulturen umgedeutet wird, überblendet die Fortdauer der sozialen Grenzziehungen



kolonialer Vergangenheit. In ihrem Vortrag, der die Entwicklung vom Kanonenschuss zum Multi-Kulti-Labor nachzeichnet, stellt Bahl die Frage nach der Herstellung und Reproduktion territorial-symbolischer Grenzziehungen ins Zentrum eines noch „neuen Forschungsfeldes“. Dem Anspruch auch die weniger spektakulären Grenzziehungen, die auf sicht- und hörbare Kanonenschüsse verzichten, wahrnehmbar zu machen, spricht sie eine besondere politische Bedeutung zu.

Wir wechseln die Szene aber nicht das Sujet: Auch während eines Gottesdienstes in einem kleinen hessischen Ort werden – diesmal im Jahr 2015 – Grenzziehungen und Ausschlüsse übertüncht. Der Pastor begrüßt die versammelte Gemeinde und anwesende Geflüchtete aus Syrien und Eritrea als „bunte“ Gesellschaft“ und errichtet gleichzeitig mit der vehementen Aufforderung an die „Gäste“, doch möglichst in der ersten Reihe Platz zu nehmen, Grenzen zwischen konfessioneller und nationaler Zugehörigkeit. Anne Sophie Krossa (Mainz) untersucht im Rahmen ihrer Feldstudie über Geflüchtete und Ehrenamtliche, wieviel Konflikt und Grenzziehung Vergesellschaftung verträgt und weist auf die Tücke oberflächlicher Harmonisierungsnarrative hin, die eine Kritik an bestehenden Grenzziehungen delegitimieren.

Dass Konsens paradoxerweise stets auf Ausschluss basiert und Einheit nur um den Preis von Exklusion zu haben ist, wird auch am Beispiel von Grenzziehungen im Bereich der Sexualität deutlich. Die BDSM-Szene mag seit dem Kinoerfolg von *Fifty Shades of Grey* zumindest medial domestiziert worden sein. Das ändert aber nichts daran, dass sich die Szene selbst mittels abwertender Abgrenzungen gegen „Vanilla-“ und „Stino-Sex“ von einem „normalen“ Außen absetzt. Der Beitrag von Anne Deremetz und Matthias Fuchs (beide Passau) zeigt, dass Grenzziehungen flexible Raumbildungen darstellen. Ihr Axiom, wonach Gesellschaft über eine Ordnung von Innen und Außen funktioniert, lässt einen funktionalistischen Grenzbegriff vermuten, den beide Referent\*innen jedoch zurückweisen.

Am Nexus von Bildungsgrenzen und migrationspolitischen Grenzregimen schlägt Kenneth Horvath (Luzern) vor, Grenzen nicht als Demarkationslinien zwischen Nationalstaaten, sondern als soziale Formen zu verstehen, die diskursiv erzeugt und praktisch reproduziert werden. Über die Grenzen soziologischer Teildisziplinen hinweg, gewährt Horvath Einblicke in den Alltag von Lehrkräften, die in Konfliktfällen auf konventionalisierte außerpädagogische Handlungsstützen wie den schillernden Begriff des „Migrationshintergrunds“ zurückgreifen. Grenzen, so lernen wir, wirken handlungsentlastend und stellen eine soziale Struktur der realen und symbolischen Unterscheidung und Kontrolle dar. Und sie verbinden sich zum Netzwerk einer komplexen innergesellschaftlichen Grenzstruktur.

Wie weitreichend ein solches Netzwerk sein kann, zeigt Christian Banse (Göttingen) in seinem Vortrag aus dem Feld der Palliativmedizin. Sterbenskrank zu sein, bedeutet in besonderer Weise mit der Grenze des Todes konfrontiert zu sein.

Schwer und irreversibel erkrankte Geflüchtete erleben diese Grenze in mehrfacher Hinsicht, wenn sie die Erklärungen der Ärzt\*innen nicht verstehen, im Falle des Todes Angehöriger von Abschiebung bedroht zu werden oder überlebenswichtige Medikamente nicht beziehen dürfen.

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Ad-Hoc-Gruppe Grenzen umfassend verstehen und interdisziplinär Erkenntnisse zusammenführen möchte. Sie gleicht dabei einem Kanonenschuss, dessen Kugel ein noch neues Forschungsfeld mit einem breiten Spektrum von Phänomenen überfliegt. Der Ort der Landung gibt derweil Rätsel auf, denn was genau die zum Teil sehr verschiedenen Grenzen verbindet und wie sich der Grenzbegriff von anderen Begriffen wie „Klassifikation“, „Ausschluss“, „Markierung“ oder „Belonging“ abgrenzen lässt, bleibt offen. Grenzen stiften Ordnung, wirken handlungsentlastend, erzeugen Grenzgänger\*innen und machtgestützte Ausschlüsse, können territorial oder symbolischer Art sein, werden sozial hergestellt und reproduziert. Dass sie einen soziologisch hochrelevanten und -aktuellen Tatbestand darstellen, überzeugt sofort. Was jedoch der Grenzbegriff gesellschaftstheoretisch beitragen kann, muss noch geklärt werden. Eine Vielzahl an Beiträgen schrumpft die Zeit zum Nachdenken über konzeptionelle Verklammerungen - was aber zählt, ist dass der Schuss gefallen ist. (Tine Haubner)

\*\*\*

## Abwarten

Was bedeuten Ereignislosigkeit, politische Blockaden und fatalistische Haltungen für die Gesellschaft? Was sich zunächst anhört wie die Wiederkehr des immer gleichen Lamentos über mangelndes Engagement wurde zu einer analytisch und gegenwartsdiagnostisch anregenden Veranstaltung. Am Ende verdichtete sich der Eindruck, dass das Thema der Macht der Ohnmacht noch reichlich verborgenes Potenzial für eine Disziplin bietet, die sich möglicherweise zu stark auf die Ikonografie des Neuen und der Dynamik fokussiert.

Mit der augenzwinkernden Begrüßung als „Attentisten“ wurde man durch die OrganisatorInnen Stephan Lessenich und Jasmin Siri gleich zu Beginn mit dem passenden Gefühl der Passivität vertraut gemacht. Auch die Erwähnung, dass die im Vorfeld für einen Beitrag eingeplante Paula Irene Villa durch terminliche Überschneidungen verhindert sei, führte weiter an die Problematik des Nicht-Ereignisses heran. Zum perfekten Einstieg fehlte anschließend eigentlich nur noch

eine gedehnte Pause des Schweigens.

Stattdessen aber präsentierte Frank Nullmeier (Bremen) Überlegungen zum „Zeitempfinden“, das in der bundesdeutschen Geschichte einen dramatischen Abstieg – ausgehend vom Gefühl des großen Aufbruchs gegen Ende der 1960er-Jahre bis zur depressiven Skepsis von heute – genommen habe. Ausgehend vom Quellenmaterial anarchistischer Gruppen (die darüber hinaus im Vortrag kaum zur Sprache kamen) zeichnete Nullmeier zunächst einen Idealtyp zukunftsoptimistischer Gestaltungsfähigkeit, der gegenüber der Zeitwahrnehmung anderer damaliger linker Strömungen allerdings ohne eine kollektiv verbindliche Idee des Fortschritts auskomme. Geprägt sei dieses Empfinden durch die technisch-produktive Ausweitung von Möglichkeiten nach Ende des Zweiten Weltkriegs, gekoppelt mit einer Globalisierung des politischen Verantwortungsbewusstseins. Gegenüber dieser Folie erscheine das Zeitempfinden im heutigen linksliberalen Spektrum (dessen Stimmen man im Vortrag ebenfalls vermisste) tatsächlich „attentistisch“. Die Frage nach der Verbindung zwischen diesen beiden Polen zog Nullmeier eher systematisch denn historisch argumentierend, indem er mit Luhmann auf das Paradox verwies, dass jede Entscheidung für eine Möglichkeit den daraus entstehenden Möglichkeitshorizont unweigerlich einschränke. Bei aller ontologischen Stichhaltigkeit dieses Arguments drängt sich doch die Frage auf, ob die Auslassung der Geschichte sozialer Bewegung seit den 1960ern nicht selbst eine Form der Schließung politischer Möglichkeiten mit sich bringt.

Auch Andreas Pettenkofer (Erfurt) zeigte mit seinem Vortrag über Formen fatalistischer Praxis Interesse an der paradoxen Verflechtung von Macht und Ohnmacht. Im Zentrum stand seine spannende These einer durch Fatalismus gewährleisteten Handlungsfähigkeit, die zudem noch zur Stabilisierung sozialer Ordnungen beitrage. Als Beispiele präsentierte er drei Typen, die man sich in Nahbeziehungen wünscht nicht unbedingt: Erstens „den Emsigen“, der als Reflexionsmodus immer schon die Blockade antizipiere, in dieser Resignation vor der Bestimmung weitreichender Ziele jedoch einen besonderen Pragmatismus entwickle; zweitens „den Alternativlosen“, der unter Verzicht auf jegliche Skepsis gegenüber Rollenzuweisungen – wie der biologischen Determinierung männlicher Verhaltensweisen – zu einer rollengemäß hohen Effizienz gelange und drittens „den Terroristen“, der sich vor dem Hintergrund von Erfahrungen des Abgehängt-Seins, einer „Banlieu-Existenz“, so Pettenkofer, zu Racheakten entschließe und dabei mit fanatischer Konsequenz agiere.

In der anschließenden Diskussion, in der wie schon nach dem Vortrag Nullmeiers die Frage nach dem gegenwartsdiagnostischen Nutzen gestellt wurde, reagierte Pettenkofer zu Recht mit der Feststellung, derartige Fragen seien lähmend für die Forschung. Gleichzeitig scheinen Pettenkofers Überlegungen alles andere als irrelevant, gerade mit Blick auf das rechtspopulistische Spektrum unter Trump. Angelehnt an Hunter S. Thomsons Studien über die Hells Angels wies zuletzt Susan McWilliams auf eine Außenseitermentalität hin, die auf Vergeltung gegenüber den Imperativen der Moderne sinne und viele Merkmale des Pettenkofer'schen sich

rächenden Terroristen teile.

Explizite Nähe zu und Orientierung in gegenwärtigen Verhältnissen suchten Silke van Dyk und Stefanie Graefe (beide Jena), die sich diskursanalytisch mit der Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose auseinandersetzen. In Form einer Art Kritik der kritischen Kritik zielte ihr Vortrag auf die Freilegung des progressiven Potenzials einer inklusiven Klassenpolitik, die gegenwärtig nicht nur von rechts sondern auch durch einen Linksnationalismus à la Wagenknecht delegitimiert werde. Insbesondere von dieser letzteren Seite würden kosmopolitisch-inklusive Positionen als „Globalismus“ gebrandmarkt und als durch den Neoliberalismus vereinnahmt betrachtet. Während die ReferentInnen den StichwortgeberInnen dieser Vereinnahmungskritik, Ève Chiapello und Luc Boltanski, in ihrer Diagnose einer Anschlussfähigkeit der romantischen Rebellion der 1960er für die neoliberale Kreativwirtschaft noch Recht gaben, wehrten sie sich vehement gegen Versuche einer Erneuerung beziehungsweise Vereinnahmung dieser Kritik im Zeichen einer Ablehnung von durch linke Identitätspolitik marginalisierte Gruppen wie etwa Frauen oder MigrantInnen. Zu den ExponentInnen dieser Neuauflage, die einer Blockade progressiver Politik Vorschub leisteten, kann den ReferentInnen zufolge auch Nancy Fraser gezählt werden, die dem Feminismus 2009 vorgeworfen hatte, durch seine Kritik am Androzentrismus und patriarchalen Etatismus einer neoliberalen „Befreiung“ der Frauen für den Arbeitsmarkt in die Hände gespielt zu haben. Gegenüber Fraser und anderen Plädoyers für eine traditionellere Sozialpolitik, die mittlerweile vor allem exklusiv staatsbürgerlich konnotiert wird, forderten die ReferentInnen eine genauere Auseinandersetzung mit den tatsächlichen sozialen Bewegungen, die mit den catch-all-Begriffen „Identitätspolitik“ und „Globalismus“ kaum zu fassen seien. Räume man diese letztlich leeren Begriffe zur Seite, könne das utopische Potenzial einer sowohl sozialen wie kosmopolitischen Position freigelegt werden.

Insbesondere für diejenigen Anwesenden, die sich selbst nicht als politische AttentistInnen bezeichnen mochten, hielt der letzte Vortrag ein weniger beklemmendes Ende bereit. (Clemens Reichhold)

\*\*\*

DJ Ötzi und die avantgardistische Kultursoziologie

Ihre Veranstaltung solle dazu dienen, die Sektion Kultursoziologie von ihrem Hinkebein zu heilen - so kündigte DOMINIK SCHRAGE (Dresden), einer der

Veranstalter, es in seiner Einleitung an. Statt Kultur und die soziologische Beschäftigung damit als hinterherhinkend zu verstehen, wollten er und seine Mitveranstalter\*innen ANNA HENKEL (Lüneburg) und HILMAR SCHÄFER (Gießen) den avantgardistischen, transformativen Charakter von Kultur stark machen –konsequenterweise lautete der Titel „Kulturelle Medien gesellschaftlicher Transformation“.

DANIELA RUSS (Bielefeld) befreite den Energiebegriff zunächst aus den Klauen der Physik und versuchte, ihn ihren soziologischen Fachgenoss\*innen schmackhaft zu machen. Zu diesem Zweck präsentierte sie eine historische Epistemologie des Begriffs, der nur mehr „gereinigte“ technische und soziale Bedingungen enthielt. Energie war und ist ein Medium gesellschaftlicher Transformation – so wurde etwa durch den Verkauf von Elektrizität die Beobachtung, Dokumentation und Formalisierung sozialer Veränderung durch Energie möglich. Insofern müssten Elektrizitätssysteme gleichsam als Informationssysteme verstanden werden: Durch sie wird es möglich, dass sich bestimmte gesellschaftlich verankerte Vorstellungen durchsetzen oder Entwicklungen möglich werden. Der Energiebegriff birgt laut Russ also das Potenzial, als kulturelles Deutungsmuster zu fungieren, verbindet er doch unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche miteinander und wirkt in allen strukturbildend.

Bei SONJA ENGEL (Dresden) wurde der Ton deutlich rauer: von Spießern, Gutmenschen und gar Arschlöchern war die Rede. Doch auch derlei Schmähungen von Subjektivitäten können im Namen gesellschaftlicher Transformation stehen – so deutet Engel das Spießerverdikt als Form von Kommunikation, mittels derer ebenfalls Gesellschaftsformen verändert werden könnten. Während zur Zeit der Romantik die Philisterschelte en vogue war, ist das Pendel mittlerweile zur Gutmenschenbeschimpfung umgeschlagen. Bei derlei Herabsetzungspraxen wird jedoch nicht einfach eine Differenzierung von zwei Weisen des Subjektseins vorgenommen, sondern eine negative Bewertung– oder etwas deutlich mit Gerhard Schulze formuliert: Die Bezeichnung „Spießer“ könne einfach durch den Ausdruck „Arschloch“ ersetzt werden. Doch Sonja Engel betreibt keine derart grobschlächtige Theoretisierung. Nicht Eichenholzanbauwand, Bausparvertrag und Gartenzwerg per se seien problematisch, sondern der sich dahinter verbergende Konformismus und die damit verbundene Abhängigkeit von der hegemonialen Ordnung.

Apropos Konformismus: Gerade Hitlisten und Musikcharts können als Orte gleichgeschalteten Geschmacks und hegemonialer Hörgewohnheiten gelten. Wer hätte gedacht, dass auf einem Soziologenkongress einmal DJ Ötzi und sein Chartshit „Ein Stern der deinen Namen trägt“ Thema sein würden? OLIVER BERLI (Köln) und MICHAEL PARZER (Wien) brachten das Publikum mit dieser Nummer Eins der in Deutschland kommerziell erfolgreichsten Songs aller Zeiten in die richtige Stimmung. Doch auch hierbei gilt: Wisse, wen du um Rat fragst. Denn laut der renommierten Zeitung „Musikexpress“ belegt plötzlich „Love will tear us apart“ von Joy Division das Siebertreppchen der besten Songs aller Zeiten. Diese

voneinander abweichenden Ergebnisse stehen paradigmatisch für zwei unterschiedliche Arten zur Erstellung von Musikbestenlisten: einmal gilt kommerzieller Erfolg als Maßstab, ein anderes Mal sodann Kriterien wie zur ästhetischen beziehungsweise künstlerischen Qualität getroffene Expertenaussagen. Beiden Listenformen gemein ist, dass sie Medien sozialer Transformation sind, weil sie Märkte nicht neutral abbilden, sondern diese mitstrukturieren. Die Referenten beabsichtigen, die Forschungsstränge der Kultur- und Musiksoziologie mit den Konzepten der Bewertungsforschung zusammenzuführen. Aus der letzteren Perspektive tragen Musikbestenlisten zudem zur Konstruktion von Legitimität bei: Wer also demnächst mal wieder die „1000 besten Songs aller Zeiten“ im Radio präsentiert bekommt, wird DJ Ötzi und Verwandtes nun vielleicht mit anderen Ohren hören.

TILMAN REITZ (Jena) und SUSANNE DRAHEIM (Hamburg) wollten mit ihrem Vortrag einen Schritt über die üblichen, lediglich den Status quo darstellenden Kapitalismusanalysen hinausgehen und vor allem einen Weg in die Praxis weisen. Jede Epoche des Kapitalismus hätte ihren eigenen spezifischen Geist- so nun auch die Ära des digitalen Kapitalismus. Diesbezüglich hoben die Vortragenden insbesondere den Wert von Transparenz und die Geisteshaltung des „Solutionismus“ hervor. Hinter diesem von Evgeny Morozov geprägten Wort steht die Vorstellung, dass alle gesellschaftlichen Probleme als technologische Probleme definier- und lösbar seien. Damit tritt auch der Idealtypus des Weltverbesserers auf den Plan, der in der „Polis der Solution“ mittels Technik an der idealen Welt werkelt. Der Kapitalismus stellt sich dabei auf die Grundleistung der Informationsbearbeitung und den Rohstoff Daten um - doch da sowohl Wissen als auch Information eigentlich als nicht-rivale Güter zu bewerten seien, müssten alternative Profitmöglichkeiten gefunden werden. Durch den Hinweis auf geistiges Eigentum, den Betrieb von Werbeflächen auf Plattformen und vor allem der Sammlung und Abschöpfung von digitalen Daten wird versucht, doch noch Profit aus Daten und Informationen zu erwirtschaften. Was nun getan werden könnte, um diesen Geist zu verjagen, und was die Vortragenden zu Beginn so vollmundig als großen Vorteil ihres Ansatzes gegenüber den bisherigen etwa von Chiapello/Boltanski, Nachtwey/Seidl und Co. angepriesen hatten, bleibt weiterhin ein Rätsel. Denn aufgrund so profaner Hindernisse wie der abgelaufenen Vortragszeit reichte es gerade noch zur Verkündung eines Plädoyers für die Praxis und empirische Projekte, das da lautete: Die Sozialwissenschaftler\*innen selbst müssten sich mehr einbringen. Doch mehr Fleisch an den Knochen von Analyse und Theorie als üblich war damit auch nicht geliefert.

In der allumfassenden Abschlussdiskussion wurde insbesondere der breite Medienbegriff der Veranstalter\*innen problematisiert. Schon die thematisch äußerst breit gefächerten Vorträge würden zeigen, dass potenziell alles als kulturelles Medium gesellschaftlicher Transformation gefasst werden könne. Dominik Schrage verteidigte diesen Zugriff jedoch, denn es könne ganz einfach im Sinne eines Lackmusters herausgefunden werden, was als derartiges Medium infrage käme: „Wenn es das kulturelle Medium nicht gegeben hätte, dann hätte die

Transformation so nicht stattgefunden.“ Trotz der thematischen Bandbreite der Vorträge habe es einen gemeinsamen roten Faden gegeben, resümierte Anna Henkel: Alle vier hätten sich im weitesten Sinne und aus unterschiedlichen Perspektiven mit Standardisierung und Fragen der Legitimität beschäftigt. (Kira Meyer)

\*\*\*

## Das fortdauernde Projekt der ideengeschichtlichen Aufklärung

Eröffnet wurde die Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Ideengeschichte mit dem Titel Die ideengeschichtliche Aufklärung der Soziologie von Peter-Ulrich Merz-Benz (Zürich). In seinen einleitenden Worten hob er das 25-jährige Bestehen der 1993 gegründeten AG hervor. Seitdem hätten sich die Mitglieder darum bemüht, die ideengeschichtliche Lücke der Soziologie zu schließen und seien alljährlich mit ihren Vorträgen auf dem DGS-Kongress vertreten.

Um die im Titel der Veranstaltung geforderte ideengeschichtliche Aufklärung weiter voranzutreiben, müssten bestimmte Phasen der Fachentwicklung genauer geprüft werden, so Peter Gostmann (Frankfurt am Main). Die Phase der Institutionalisierung des Faches, die sich durch das Bemühen um die Abgrenzung von anderen Wissenschaften ausgezeichnet habe, sei mehrheitlich in Vergessenheit geraten. Die Überzeugung von der Eigenständigkeit der Soziologie gehöre heute zum festen Selbstverständnis der Disziplin. Dass bereits „vor der Erfindung des Namens der Soziologie“ soziologisch im Sinne einer „Soziologie avant la lettre“ gearbeitet wurde, war die These des Vortrags von Gostmann. Er verwies auf den Soziologen Albert Salomon, der die Gedankenfigur benutzte, um mit ihr auf den verwickelten Entstehungskontext der Soziologie hinzuweisen. Dazu hatte Salomon verschiedene Intellektuelle, die in Zeiten von gesellschaftlichen Krisen dachten und arbeiteten, auf ihre transsoziologische Haltung hin untersucht. Um die Argumentation Salomons zu verdeutlichen, skizzierte Gostmann in einer „theoretischen Demonstration“ verschiedene intellektuelle Lebensformen, die er nach den Kategorien institutionalistisch, rationalistisch und charismatologisch sortierte. Diesen wiederum ordnete er die Wissenspraxen der politischen Theologie, der Sophistik, der Hermeneutik und der politischen Philosophie zu. Wo sich Gostmann persönlich einordne, wurde mit Blick auf die Skizze in der anschließenden Diskussion aus dem Publikum gefragt.

Einen gänzlich anderen Vorstoß unternahm Peter-Ulrich Merz-Benz, der in seinem Vortrag die Kategorien „Ahnung“ und „Erkenntnis“ von der Philosophie auf die Soziologie übertrug, um so eine spezifische Form soziologischer Erkenntnis zu konzipieren. Die Soziologie stehe immer von Neuem vor dem Problem, bestimmen zu müssen, was soziologische Erkenntnis sei. Das sei ein solch schwieriges Unterfangen, da soziologische Kategorien der sozialen Wirklichkeitssphäre angehörten und sich so nie in Gänze reflektieren ließen: Zurück bleibe stets ein unbegriffener Rest, der an der Grenze zwischen Ahnung und Erkenntnis verortet sei. Ahnung definierte Merz-Benz als etwas, das der Erkenntnis vorgelagert sei und sich mittels wissenschaftlicher Instrumente nie gänzlich erschließen würde. Somit entspräche Ahnung mehr einer „natürlichen“ Erkenntnis. Um das zu illustrieren, zog Merz-Benz die Kultursoziologie Alfred Webers heran, nach der kulturelle Tatsachen, „Tatsachen von ‚immanenter Transzendenz‘“ darstellen. In „ihnen liegt mehr, als von ihnen erkannt zu werden vermag, und mithin ist Erkennen immer auch ein Erahnen.“ Somit stecke auch in den Begriffen mehr, als in ihnen wissenschaftlich festgehalten ist, deshalb sei das Betreiben von Soziologie ein kulturelles Tun und müsse damit zurechtkommen, dass ihre Gegenstände nicht im Begriff aufgehen. Sie stoße mit ihrer Begriffsbildung daher immer an Grenzen – das sei aber unvermeidlich. Eine Soziologie, die eine Ahnung von der Ahnung hat, ist eine aufgeklärte. Auf Nachfrage gestand Merz-Benz jedoch zu, dass der Begriff durchaus schillernd sei.

Eine Außenperspektive auf die Soziologie bot Philipp von Wussow (Frankfurt am Main) unter Rückgriff auf den soziologischen Außenseiter Leo Strauss dar. In dessen „Philosophie der Soziologie“ stecke eine Kritik am soziologischen Denken, obwohl vordergründig philosophisches Schreiben verhandelt werde. Eben dieses exoterische Schreiben könne zur philosophischen Aufklärung der Soziologie beitragen. Strauss unterscheidet dazu zwischen einem sorglosen und einem genauen Leser. Genaues Lesen setzt die Konversion zur Philosophie voraus. Die befähigt den Leser dazu, eigene Ansichten zu entwickeln. Die übrigen Leser beherrschen nur vordergründig einen philosophischen Jargon und rezipieren die Meinungen ihrer jeweiligen Peergroup. Der Clou bestehe darin, für die aufmerksamen Leser zu schreiben. Dafür müsse man zunächst überaus langweilig zu schreiben, um später einige spannende Sätze einzustreuen, die die Aufmerksamkeit auf sich zögen. Häufig fänden sich diese Sätze in der Mitte von Texten und würden so von sorglosen Lesern gern übersehen. Neben der Fähigkeit zu genauem Lesen, die der Leser mitbringen muss, muss er auch in der Lage sein, zwischen den Zeilen Informationen ausfindig zu machen, die den Gedanken des Autors weiter präzisieren. Die meistgenannte Position in einem Text sei nicht notwendig diejenige des Autors, es könne sich auch um eine falsch gelegte Fährte handeln. Offenkundige Fehler können also auch zur Arbeitsweise eines Autors gehören, zumindest, wenn er an anderer Stelle darauf hingewiesen hat. Ein Autor, der so schreibe, adaptiere die Taktik des Gegners und verkehre sie gegen ihn. Der genaue Leser bemerke dann, dass etwas nicht stimme, wohingegen dem Sorglosen nichts auffalle, er sich also von Inkonsistenzen nicht irritieren ließe. Zu einer Bestimmung des Verhältnisses von Philosophie und Soziologie könne die Unterscheidung der verschiedenen Lesetypen durchaus etwas beitragen –



vielleicht, wie man eigentlich zu lesen hat.

Der letzte Vortrag von Andreas Schwarzferber (Frankfurt) zog aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in Windeseile am Publikum vorbei. Helmut Schelskys Ordnungsvorstellungen wurden in ihrem ideengeschichtlichen Kontext verortet. Dazu verglich Schwarzferber, angelehnt an sein Promotionsprojekt, Schelskys Hobbes-Lektüre mit denjenigen von Carl Schmitt und Leo Strauss.

Die Lücke im ideengeschichtlichen Selbstverständnis der Soziologie konnte durch die Vorträge nicht geschlossen werden, aber die Vortragenden leisteten sicherlich einige Vorarbeit. Einen faden Beigeschmack hinterließ einzig der nicht zu leugnende leicht esoterische Stil der Veranstaltung. Es war klar: hier wurde von Nerds für Nerds gesprochen.

Peter-Ulrich Merz-Benz zeigte sich der Tatsache gewahr, dass ideengeschichtliche Aufklärung ein komplexes und langwieriges Projekt darstelle und konnte zum Ende der Veranstaltung mitteilen, dass trotz Emeritierung seine universitäre E-Mailadresse bis zu seinem Ableben fortbestehen würde. Wer also einen Beitrag leisten möchte, wird keine Probleme haben, Kontakt aufzunehmen. (Felix Hempe)

\*\*\*

Podcast zu Plenum 5

Migration, Flucht und transnationale Integration



(v.l.n.r.: Anna Amelina, Karolina Barglowski, Maximilian Priem, Jürgen Gerhards und Walter Bartl, Foto: Stephanie Kappacher)

Jurorinnen: Silke Hans (Göttingen), Karolina Barglowski (Dortmund)

Jürgen Gerhards (Berlin), Maximilian Priem (Berlin): Wer ist bereit, Geflüchteten eine Aufnahme in Europa zu gewähren? - Ergebnisse einer 13-Länder-Studie

Walter Bartl (Halle-Wittenberg): Von ›burden sharing‹ zu Integration? Genese und Praxis einer indikatorbasierten Verteilung von Asylbewerbern in Deutschland (und der EU)

Anna Amelina (Cottbus-Senftenberg): Die soziale Herstellung von Migration durch Organisationen: Wissens-, praxis- und organisationssoziologische Perspektiven

Elisabeth Liebau (Berlin): Wie ambitioniert sind Geflüchtete? Zur Bildungsbereitschaft Geflüchteter und anderer Neuzuwanderergruppen in Deutschland

Thomas Faist (Bielefeld): ›Settling into Conceptual Motion‹: Migrationssoziologie zwischen Forschung und Öffentlichkeit

(Felix Hempe und Stephanie Kappacher)

\*\*\*

## Webers Problemzonen

17:00 Uhr: „I just have to put on the right glasses and we're set.“ Charmant beginnt Andrew Abbott seinen Abendvortrag. Das Thema: Weber's vocations. Was er das bunt gemischte Publikum aus Studierenden, aufstrebenden und etablierten Kolleginnen und Kollegen im gut gefüllten Hörsaal klar sehen lassen will: Weber kann einer heutigen Soziologie immer noch Stoff für die Frage geben, wie wir Soziologie betreiben sollten. Allerdings dienen Webers diesbezügliche Ausführungen Abbott nicht gerade als Fall von best practice. Eher zieht er den soziologischen Klassiker als Negativfolie heran, an der sich ein disziplinäres Missverständnis aufzeigen lässt.

Wo Webers Problemzonen genau liegen, lässt sich nach Abbott anhand von zwei bedeutenden Texten verdeutlichen: „Wissenschaft als Beruf“ und „Politik als Beruf“. Mit beiden versuche Weber die Idee zu prononcieren, dass wissenschaftliche Empirie stets von politischer Normativität zu trennen sei. Webers Problemzone lässt sich für heutige Soziologinnen und Soziologen mit anderen

Worten auf einen Begriff bringen: Werturteilsfreiheit. Abbott knüpft sich damit eine Grundfrage soziologischer Verständigung vor. Seine prozesssoziologische Auseinandersetzung mit dieser Frage ist gleichermaßen komplex wie pointiert und mündet trotz aller grundsätzlichen Kritik am Ende überraschenderweise in einen auf angenehme Weise direkten und inspirierenden Appell.

Doch zunächst zu Webers Problem: Wissenschaftliche Empirie und politische Normativität sind für Abbott weniger durch eine „distinction in type“ voneinander getrennt, wie Weber behauptete, als vielmehr durch eine „distinction in time“, die Weber allerdings übersehe. Weil sie einen erklärenden Anspruch habe, könne Wissenschaft immer nur die Vergangenheit rekonstruieren. Dagegen sei es die Sache der Politik, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Während Weber sich Abbott zufolge auf dieses Argument vielleicht noch einlassen würde, lasse er aber eines ganz außen vor: Beide, Wissenschaft und Politik, funktionieren nicht getrennt voneinander, sondern treffen sich in der Gegenwart. Anders als Weber annehme, könne Wissenschaft Geschichte eben nicht als einen zusammenhängenden Prozess der Entfaltung von inneren Triebkräften und Bewegungsgesetzen rekonstruieren, der in der Gegenwart endet und in dem Akteure zwar handeln, dessen Verlauf sie aber nicht entscheidend beeinflussen können. Solche linearen Narrative, die die Gegenwart geradezu zwangsläufig aus der Vergangenheit resultieren lassen, so Abbott, würden am Ende doch nur die Grenzen ihrer Erklärungskraft durch schlagkräftige Counter-Evidenzen erfahren. Aber auch Webers Politikverständnis mit seiner starken Betonung des Moments individueller Entscheidung hält Abbott für defizitär. Politische Entscheidungen und Handlungen erfolgten nie voraussetzungslos als *creatio ex nihilo*, vielmehr müsse jede Handlungstheorie die „pre-history of the present“ mitdenken, denn unser Verständnis der Gegenwart sei nun einmal immer auch von früheren Entscheidungen und deren Folgen beeinflusst. Das Hier und Heute sei also immer eine Sache von „determination and choice“.

Was bedeutet das nun für die Soziologie als Disziplin? Abbotts Antwort und zugleich sein Appell an das Selbstverständnis der im Auditorium versammelten Kolleginnen und Kollegen: Soziologie dürfe sich weder zum Sprachrohr politischer Überzeugungen machen („advocacy sociology of political views“), noch dürfe sie sich der Illusion hingeben, standortungebunde Erklärungen geben zu können („objective sociology of explanation“). Stattdessen brauche die Disziplin Textgenres, die die faktische Verflochtenheit von empirischer Erklärung und normativer Wahl eben nicht ignorierten, sondern aktiv reorganisierten. Abbott ist mit seinen Ausführungen noch nicht am Ende, als ein Raunen durch den Saal geht. Denn mitten hinein in die concluding remarks des Keynotespeakers platzt nun eine studentische Hilfskraft des Organisationskomitees, die zielstrebig Richtung Rednerpult strebt. An ihrem entschlossenen Schritt ist ablesbar, was jetzt unvermeidlich passieren wird. Gebannt schaut das Publikum zu, wie sie an den in seinen Vortrag vertieften Redner herantritt und ihn mit Verweis auf die fortgeschrittene Zeit kurz und bündig auffordert: „Mr. Abbott, you have to wrap it up.“ Für einen Moment ist da selbst der eloquente Stargast aus Übersee perplex. Dann fängt er sich und beendet, gleichzeitig kopfschüttelnd und lächelnd, seinen

Vortrag ebenso charmant wie er ihn begonnen hat: „Germans and their peculiar sense of time.“ (Friederike Bahl)

\*\*\*

Über Leihgaben, Achtsamkeit und paradigmatische Zumutungen

18:00 Uhr: Die Sonderveranstaltung zur Pluralität soziologischer Forschungsmethoden ist trotz später Startzeit sehr gut besucht. Mit ihr gelingt es den Veranstalterinnen, die anhaltende Irritation über die inzwischen durch die DFG anerkannte Akademie für Soziologie als neuer, mit der DGS konkurrierender Fachvertretung mit der Dauerdebatte über die gegenwärtige Verfassung unserer Disziplin als Wissenschaft zu verbinden. Auf dem Podium sitzen quantitativ und qualitativ forschende Kolleginnen und Kollegen. Moderiert wird die Diskussion von Nicole Burzan (Dortmund).

Gabriele Rosenthal (Göttingen) steigt mit einer grundlegenden Unterscheidung von interpretativen (beziehungsweise rekonstruktiven) Methoden und all jenen Methoden ein, die sich an den szientistischen Gütekriterien quantitativer Methoden zu orientieren versuchen. Sie lobt jene quantitativ arbeitenden Kollegen, die ihre interpretativen Studien nicht als „Pilotstudien“ künftiger quantitativer Erhebungen geringschätzen. Einer davon ist Steffen Kühnel (Göttingen), der hauptberuflich Statistiken erstellt. Beide sind sich einig: die Schlüssel zu gutem Methodenpluralismus sind Kontakt (also Kommunikation), Anerkennung und – mit einem von Armin Nassehi auf der Eröffnungsveranstaltung geäußerten Wort gesprochen – Taktgefühl. Auch Maria Pohn-Lauggas (Göttingen) fordert methodologische Achtsamkeit. Damit meint sie aber nicht nur wechselseitige Höflichkeit, sondern auch eine ständige Reflexion der theoretischen und methodischen Prägung empirischer Beobachtung. Tue man dies, fielen Überschneidungen genauso auf, wie unüberbrückbare Differenzen. Manchmal heißt Achtsamkeit also auch, auf Kombinationen zu verzichten.

Burzan fordert nun weniger Harmonie und mehr Streit. Thomas Scheffer (Frankfurt am Main) beginnt mit dem Argument, bestimmte Empirie böte sich bestimmten Methoden geradezu an und forme so Erkenntnisinteressen mit. Genauso aber präferierten manche Methoden bestimmte Gegenstände und die Einfachheit der Zugriffe auf diese passgenauen Gegenstände verleite die Forscherinnen und Forscher dann zu deren Beforschung – zu Lasten anderer, unbequemerer Phänomene. Angesichts der empirischen Fülle komplexer Gegenwartsgesellschaften

müsse man aber die Gesamtheit des soziologischen Methodenkanons in die Waagschale werfen, um diesem Wirrwarr Herr zu werden. Es bleibt also erstmal harmonisch.

Auch Christof Wolf (Mannheim) erweist den nicht primär statistisch arbeitenden Kolleginnen und Kollegen zunächst die Ehre, fordert aber schon, dass man methodenübergreifende Gütekriterien benennen müsse, zum Beispiel die Reproduzierbarkeit bestehender Ergebnisse. Burzan nennt das wenig später „ein Reizwort“. Hans-Georg Soeffner (Essen) hat das Schlusswort der Einstiegsrunde, es wird historisch. Die Soziologie sei von Nichtsoziologen erfunden worden, ihre Entstehung also interdisziplinär gewesen; das solle uns auch in Bezug auf die heutige Situation zu denken geben. „Die Soziologie bedient sich aus einem Pfand- und Leihhaus anderer Disziplinen“, sagt Soeffner und sorgt mit diesem Vergleich für Heiterkeit. Auch organisatorisch habe sich die DGS immer wieder durch Fachfremde vertreten lassen müssen. Deswegen würde das Fach ohne interdisziplinäre Leihgaben nicht existieren. „Das genuin Soziologische ist die Perspektive, alles andere ist geliehen“, lautet sein Schlussfazit. Die damit auch entlehnte Multiparadigmatik ist deswegen für die Soziologie nicht wirklich substituierbar.

Die folgende Diskussion verläuft lebhaft, es zeigt sich, wie sehr das Thema den Alltag und die Zukunftsvorstellungen aller im Saal berühren. Dabei geht es keineswegs nur um methodische, sondern auch um institutionelle Fragen: Methodenpluralismus und Interdisziplinarität brauchten Rahmenbedingungen, also passende Anstellungsverhältnisse, Zeitressourcen und Publikationsmöglichkeiten. Eine wirklich freie Wahl der besten Zugänge zum Sozialen, so lautet ein weiterer Einwurf, sei nur in Festanstellung möglich. Diese freie Wahl und die Erörterung der damit verbundenen Aspekte dürften nicht durch Machtverhältnisse, etwa in der Drittmittelvergabe oder bei den (Methoden-)Professuren, eingeschränkt werden. Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass alle Studierende der Soziologie eine Prüfung in quantitativen Methoden ablegen müssten, aber nicht in qualitativen Forschungsdesigns. Dieses Missverhältnis und die asymmetrische Ressourcenausstattung von „Quantis“ und „Qualis“ müsse zuerst angeglichen werden, bevor man das Methodenverhältnis wirklich auf Augenhöhe aushandeln könne.

Es ist etwas schade, dass sich viele der zahlreichen klugen Wortbeiträge in der offenen Diskussion auf die alte Debatte zwischen „Qualis“ und „Quantis“ einschießen, denn das Problem der Multiparadigmatik reicht ja viel weiter. Es geht beispielsweise immer auch um Ontologie, also um fundamentale Annahmen darüber, woraus das Soziale, das wir untersuchen, denn eigentlich besteht. Wer hier „Menschen“ antwortet, hat mit anderen Methodologien zu argumentieren als jene, die „Kommunikationsakte“, „Systeme“ oder „Praktiken“ sagen. Und diese Entscheidungen können nicht mit Verweisen auf die angebliche Leistungsfähigkeit einzelner Methoden übergangen werden, weil schon die Einschätzung einer Methode als leistungsfähig oder nicht leistungsfähig von solchen basalen

sozialtheoretischen Reflexionen abhängt. Die Empirie wird dieses Problem also nicht lösen können, die Gräben sind nicht nur Methodengräben. Zur Veranschaulichung der Problematik kann eine von Thomas Scheffer im Verlauf der Veranstaltung gemachte Anmerkung dienen. Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, alle gemeinsam an einem einzigen Gebäude zu bauen, so Scheffer. Wir bauten alle sehr unterschiedlich und manchmal eben auch konträr zueinander. Folgt man Scheffers Ansicht, dann heißt Multiparadigmatik vor allem eins, nämlich beständiges wechselseitiges kritisieren und dekonstruieren, unablässiges umbauen und einreißen von Theoriegebäuden, kurz: sich und anderen eine Zumutung sein.

Und so endet die Veranstaltung auch. Nach einem lange Zeit harmonischen Vorlauf bemerkt Scheffer in seinem Schlusswort unvermittelt, Statistiken könnten nur unter einer gewissen Absehung von Soziologie erstellt werden. Das empfinden die quantitativ arbeitenden Kollegen auf dem Podium als Foulspiel. Wolf ärgert sich, genau wegen solcher Arroganz hätte sich die Akademie für Soziologie abgespalten. Schließlich impliziere Scheffer mit seiner Aussage doch, fragebogenbasierte Erhebungen seien im Grunde keine Soziologie. Zwischenrufe aus dem Publikum widersprechen, Wolf würde Scheffer unfair fehldeuten, im Grundsatz habe dieser durchaus recht. Man könne doch beispielsweise Statistiken über Unterschiede zwischen Frauen und Männern nur dann erheben, wenn man von der soziologischen Tatsache absähe, dass es sich bei Geschlechtern um Praktiken (und nicht um kategoriale Eigenschaften) handle. Dem wollen Wolf und Kühnel offenbar widersprechen und auch der quantiphile Teil des Podiums begehrt noch einmal auf, doch leider ist die Zeit rum. Man merkt, wie dünn das Eis der freundlichen Bekenntnisse zur Methodenvielfalt, Multiparadigmatik und auch Interdisziplinarität ist und bleibt. Aber wer weiß, vielleicht ist das ja auch ganz gut so. (Aaron Sahr)

\*\*\*

## The Belly of the Beast - 2. Mittelbauversammlung in der DGS

Zu Beginn dieses kleinen Ausflugs in das Innenleben des Universitätswesens, den akademischen Mittelbau, sei der Autorin eine kurze Feldbeobachtung vom Frühstück in ihrem Göttinger Hostel am Mittwochmorgen erlaubt. Dort diskutiert am Nebentisch eine Gruppe junger Kolleg\_innen engagiert die Pläne für den

Kongresstag, unter anderem den Besuch der am Morgen stattfindenden Ad-hoc-Gruppe zu neuen Dynamiken im akademischen Mittelbau. Dort möchte man vor allem hingehen, um Kritik zu üben: Warum, fragen die Frühstückenden, nutzen die Leute aus dem Mittelbau die Freiheiten des Kongresses nicht, um endlich mal wirklich was zu tun, statt seine Zeit an den Versuch zu verschwenden, Veränderung über wissenschaftliche Aufarbeitung zu erreichen. Die aufmerksame ZuhörerIn möchte sich insgeheim gerne einschalten und fragen, warum die stürmenden und drängenden Kolleg\_innen nicht am Vortag zur Mittelbauversammlung gekommen sind. Denn das wäre ohne Zweifel der bessere Ort gewesen, um Aktionismus zu bekunden. Oder?

Unter einem guten Stern scheint das Treffen am Dienstagabend zunächst nicht zu stehen: Das Timing und die Ausgangsbedingungen sind alles andere als glücklich. Nicht genug damit, dass die Versammlung zeitgleich mit anderen spannenden Veranstaltungen stattfindet, was viele Angehörige des Mittelbaus in schwere Entscheidungsnöte stürzt, findet die Zusammenkunft auch noch in einem maximal diskussionsfeindlichen Hörsaal statt und startet mit deutlicher Verspätung. Auf der Habenseite steht zwar der Verdienst, durch die gegenüber dem in zeitlichen Verzug geratenen Keynotespeaker der vorangegangenen Evening Lecture an den Tag gelegte Ungeduld für das Gossip-Highlight des Kongresses gesorgt zu haben (Mr. Abbott, you have to wrap it up!); doch tröstet die amüsante Anekdote kaum über die Tatsache hinweg, dass der Stellenwert des Mittelbaus in der DGS offenbar nicht sehr hoch veranschlagt wird. (Dass es auch anders geht, zeigt etwa der zeitgleich stattfindende Kongress der DVPW in Frankfurt am Main).

Inhaltlich geht es in dieser zweiten offiziellen Mittelbauversammlung deutlich zurückhaltender zu als bei der Premiere in Bamberg. Fast scheint es so, als wäre mit dem durchaus respektablen Einzug der Mittelbauvertreter\_innen in die Gremien der DGS, der in den letzten zwei Jahren erreicht wurde, eine gewisse Zähmung einhergegangen. Anders als zuvor ist es Mittelbauangehörigen nun realistisch möglich, sich für die Konzilswahlen aufstellen zu lassen und tatsächlich gewählt zu werden – auch wenn der Griff nach den Vorstandsposten noch in weiter Ferne liegt. Außerdem gibt es inzwischen einen nun auf Dauer gestellten Ausschuss zu Fragen von Soziologie als sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der nicht zuletzt die Art und den Umfang der Probleme des soziologischen Mittelbaus feststellen soll. Im Laufe dieses begrüßenswerten Prozesses verändert sich aber notwendigerweise das Verhältnis zur DGS – von der Adressatin der Kritik hin zu einer Verbündeten und einem Vehikel der Kritik, deren Ordnungen, Verfahren und Rituale man nicht einfach ignorieren kann. Die Konfusion über die veränderten Rollen merkt man der Diskussion an. Auf der einen Seite Klagen über die anhaltende Not und Prekarität des wissenschaftlichen Nachwuchses und eine merkliche Verbitterung über Vorstandsmitglieder, die darauf beharren, dass die DGS kein machstrukturelles Ungleichgewicht habe, weil keine formalen Regeln Mittelbauangehörige davon abhielten, auch die höchsten Ämter zu bekleiden. (Zur Erinnerung: Wir reden hier von Soziologinnen und Soziologen!) Auf der anderen Seite Pragmatismus und die Hoffnung darauf, dass die Politik der kleinen Schritte



dereinst zu weiteren Fortschritten und Änderungen führen möge.

Ungeachtet der Selbstverortungsschwierigkeiten ist es dennoch irritierend, dass eigentlich naheliegende, aber durchaus radikale Forderungen zur Beendigung der absurd prekären Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft kaum diskutiert werden. Dazu gehören etwa die Abschaffung der Lehrstühle, die Schaffung von Departmentstrukturen oder die Einrichtung entfristeter Stellen unterhalb der Professur. Die tatendurstigen jungen Kolleg\_innen aus dem Hostel hätte die Diskussion wohl kaum überzeugt: Von einem Aufbegehren gegen das Biest des Wissenschaftsbetriebs, das von seinem eigenen Nachwuchs lebt und die unverdaulichen Reste im Zweifelsfall einfach ausspeit, ist wenig zu spüren – das merken auch die auf dem Podium sitzenden Mittelbauaktivist\_innen etwas resigniert an. Als eine Kollegin in der Postdoc-Phase davon berichtet, dass durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz das baldige Ende ihrer wissenschaftlichen Karriere droht, ist es dann auch nicht der Geist der Revolte, sondern mitfühlende Ratlosigkeit, die im Raum vorherrscht.

Im weiteren Verlauf des Abends wird noch viel darüber diskutiert, ob die DGS überhaupt der richtige Ort sei, um eine Veränderung der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft anzuregen. Aus der Sicht derjenigen, die diese Frage mit „Ja“ (oder „Ja, aber...“) beantworten, können die in der DGS Aktiven für sich in Anspruch nehmen, schon eine ganze Menge erreicht zu haben. Der angestoßene Prozess der Öffnung und Demokratisierung der Gremien lässt hoffen, dass die Fachgesellschaft der Soziologie bald mit den Schwesterorganisationen anderer Disziplinen gleichzieht und den wissenschaftlichen Nachwuchs angemessen vertritt. Umgekehrt deutet das gewaltige und nach wie vor ungelöste Problem der prekären Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft darauf hin, dass die Reformbereitschaft Grenzen kennt und die DGS (noch?) nicht der Ort ist, um wirklich radikale Veränderungen einzufordern. (Laura Wolters)

---